

## Burma nach der Militärdiktatur – Konzepte für einen demokratischen Wandel

Berlin, 31. Mai – 1. Juni 2001

Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Burma Büro e.V., Köln, dem Burma Projekt Berlin und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. 38 Personen, darunter 15 Burmesen aus Deutschland, den USA, Australien und Polen, nahmen an der zweitägigen Konferenz teil. Sie hatte die Aufgabe, die derzeitige politische, soziale und wirtschaftliche Situation in Burma zu analysieren, notwendige Rahmenbedingungen für Reformen zu erörtern, über konkrete Schritte zu einer sozialverträglichen Wirtschaftspolitik nachzudenken und ein Aktionsprogramm zu erstellen.

Als Referenten waren maßgeblich beteiligt: Prof. Dr. Sein Wein, Premierminister, National Coalition Government of the Union of Burma; Mr. Harn Yawng hwe, Direktor, Ebro-Burma Büro, Brüssel; Prof. Ronald Findlay, Columbia University, New York; Prof. Dr. Michael von Hauff, Universität Kaiserslautern; Mr. Zaw Oo, Koordinator, Burma Technical Advisory Network, Washington D.C.; Dr. Myo Nyunt, Edith Cowen University, Australia; Prof. Dr. Jürgen Rüländ, Universität Freiburg.

Auch wenn das Programm sich auf das Thema ‚Sozialverträgliche Wirtschaftsentwicklung in einem demokratischen Burma‘ konzentrieren sollte, stand doch im Mittelpunkt der Diskussionen die unsichere politische Zukunft des Landes.

Burma verfügt nach Meinung der anwesenden Experten über ein erhebliches wirtschaftliches Potential. Noch in den 50er Jahren galt es als eines der wohlhabendsten Länder der Region. Erst mit der Einführung eines sowjetischen Wirtschaftsmodells durch das Militär im Jahr 1962 ging es stetig abwärts. Burma ist mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 300 US\$ eines der ärmsten Länder der Welt. Diese unakzeptable Lage ist keinesfalls das Ergebnis internationaler Sanktionen, sondern auf die Unfähigkeit der militärischen Führung zurückzuführen.

Die politische Lage ist nach wie vor unübersichtlich und wurde von den Teilnehmern mit mehr oder weniger vorsichtigem Optimismus beurteilt. Auf die positiven Nachrichten zu Beginn des Jahres folgte in den Monaten April und Mai eine starke Ernüchterung, die einige Beobachter bereits dazu verleitete, die Verhandlungen zwischen dem State Peace Development Council (SPDC) und Aung San Suu Kyi als gescheitert zu bezeichnen. Erst die Bekanntgabe des neuesten Reiseterrmins des UN-Sonderbeauftragten Razali Ismael nach Rangoon zum 1. Juni 2001 ließ wieder Hoffnung aufkommen. Die Gründe, warum die Verhandlungen an Schwung verloren haben, liegen weitgehend im Dunkeln.

Für die Staatengemeinschaft in Südostasien ist das Militärregime in Birma immer mehr zu einer Belastung geworden. Dies hängt vor allem mit der Produktion und dem Handel von Drogen zusammen, für viele Länder der Region ein wachsendes Problem, für Thailand ebenso wie für China und Indien. Die ASEAN-Staaten sollten deshalb ihren Druck auf den SPDC aufrechterhalten. Es war für die meisten Teilnehmer der Konferenz schwer nachzuvollziehen, warum die deutsche Bundesregierung ausgerechnet jetzt Signale der Annäherung nach Rangun sendet. Das Verhältnis zwischen Thailand und Burma hat sich entgegen allen Erwartungen nach dem Regierungswechsel in Bangkok nicht verbessert, im Gegenteil, die Spannungen, bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen, nahmen zu. Das Interesse der VR China an Burma ist im wesentlichen auf die Beziehungen zwischen der chinesischen Provinz Yunnan und Burma beschränkt. Indien, das lange Zeit Aung San Suu Kyi unterstützte, akzeptiert heute mehr oder weniger den Status quo. Trotzdem kann angenommen werden, daß die Regierung in Delhi ein demokratisches Burma dem heutigen Regime vorziehen würde.

Einen großen Teil der Diskussion nahm die Frage nach den notwendigen institutionellen Reformen ein. Klar wurde, dass diese auf den bestehenden Strukturen aufbauen müssen, auch wenn sie noch so ineffizient sind.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Krise, in der sich das Land befindet, den ethnischen Spannungen, den militärischen Auseinandersetzungen und den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen wurden sechs konkrete Schritte diskutiert:

1. Einer schrittweisen Demokratisierung ist der Vorzug gegenüber einer abrupten Veränderung zu geben. In vielen südostasiatischen Staaten ist es in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs zu plötzlichen Demokratisierungsprozessen gekommen. Für das Vorhaben der demokratischen Opposition Burmas, trotz der prekären wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes eine schrittweise Demokratisierung einzuleiten, gibt es bislang in Asien keine gelungenen Vorbilder.
2. Die demokratischen Kräfte müssen aus den negativen Erfahrungen der Revolution von 1988 und der Wahlen von 1990 lernen und versuchen, mit den Militärs sehr frühzeitig zu Vereinbarungen zu kommen. Die graduelle Demokratisierung muß auf konkreten Vereinbarungen mit allen Kräften des Landes basieren. Dies sollte auch eine Wiederbelebung der Zivilgesellschaft ermöglichen.
3. Gemäßigte Kräfte unter den bisherigen Machthabern müssen von Anfang an eingebunden werden. Geklärt werden muss die Frage nach dem Umgang mit der bisherigen Führung. Der Ruf nach Gerechtigkeit könnte zu Rückschlägen in der Demokratisierung führen. Das Militär muß reduziert und reintegriert werden. Hier könnten Erfahrungen aus anderen Ländern Südasiens hilfreich sein.

4. Die Dezentralisierung des Landes muß sorgfältig geplant und der Panlong-Vertrag vom 12. Februar 1947 zu neuem Leben erweckt werden. Dieser Vertrag regelte das friedliche Zusammenleben der Völker von Burma proper und der 7 Staaten, die mehrheitlich von Minoritäten bewohnt werden. Die föderale Verfassung bestimmt auch die Aufteilung des Staatseinkommens zwischen Zentralregierung und Bundesstaaten.  
Eine zu schnelle Dezentralisierung des Landes könnte separatistische Kräfte wecken, ein vorsichtiges und sorgfältiges Vorgehen ist deshalb erforderlich. Offen blieb, inwieweit sich solche Prozesse überhaupt steuern lassen, wie man mit den unzähligen Menschenrechtsverletzungen des Militärs umgeht und was mit dem Vermögen des Militärs, das den größten Teil der Wirtschaft kontrolliert, geschehen soll.
5. Politische Reformen müssen Hand in Hand mit wirtschaftlichem Wachstum gehen, wobei die Diskussion deutlich zum Ausdruck brachte, dass die politische Öffnung des Landes der erste Schritt sein muß, bevor man über eine weitere wirtschaftliche Liberalisierung nachdenken kann. Ohne wirtschaftlichen Aufschwung ist eine Bewältigung der enormen sozialen Probleme unmöglich. Doch wird finanzielle Unterstützung von außen nur dann positive soziale Auswirkungen haben, wenn die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen wurden.
6. Politische, soziale und wirtschaftliche Reformen müssen gemeinsam mit den Resten der alten Bürokratie umgesetzt werden, selbst wenn dies den Demokratisierungsprozeß weiter verlangsamten würde.

Zum Ende der Konferenz wurden von den Teilnehmern in drei Arbeitsgruppen weitere konkrete Schritte diskutiert, die für die Politik der Exilregierung, die Aktionen der im Ausland lebenden Intelligenz und die Arbeit der Nichtregierungsorganisation von Bedeutung sein könnten.

*Norbert von Hofmann*

### **Third International Forum of the Collaboration Projects**

Tokio, 17. – 21. September 2001

Vom 17. bis 21. September 2001 fand in Tokio das 3. internationale „Forum of the Collaboration Projects“ statt. Mit diesem internationalen Studienprogramm will die japanische Regierung neue Wege im Umgang mit den Langfristproblemen „Alternde Gesellschaft“ und „Umweltveränderungen“ erkunden. Seit Sommer 2000 arbeiten weltweit etwa 30 Forschungseinrichtungen zu den Themen Abfallpolitik, Energieszenarien, Stoffströme, Klimapolitik und Beschäftigung sowie zu demographischen Fragen. Zum Auftakt